

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.), Basel

Redaktion: Dr. W. Ruf

Verantwortlich für Druck und Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.)

Erscheint wöchentlich - Basel, den 22. September 1945 - 45. Jahrgang - Nr. 38

Gewerbepolitik auf falschen Wegen

von Dr. Max Weber

Der Ausdruck «Gewerbe» wird in verschiedenem Sinne verwendet. Man kann darunter *jede* Verarbeitung von Rohstoffen verstehen im Gegensatz zur Landwirtschaft oder nur die Arbeit in der Betriebsform des *Handwerks* im Gegensatz zur Fabrikindustrie. Wenn man in der öffentlichen Diskussion von Gewerbepolitik spricht, so meint man in der Regel die Bestrebungen zur Förderung und zum Schutze der Klein- und Mittelbetriebe des Handwerks sowie des Detailhandels. Eine gewerbliche Tätigkeit in diesem Sinne gibt es seit Jahrhunderten, allein sie hat im Laufe der Zeit grundlegende Veränderungen erfahren. Ursprünglich wurde jede Rohstoffbearbeitung in handwerklicher Form betrieben. Die *Maschine* hat dann aber die wirtschaftliche Ueberlegenheit des Grossbetriebes, der *Fabrik*, gebracht, und im Laufe der letzten anderthalb Jahrhunderte hat die Fabrikindustrie das Gewerbe auf zahlreichen Gebieten überholt oder fast völlig verdrängt. Das ist namentlich der Fall in den meisten Zweigen der Textilindustrie, ferner in der Maschinen-, Uhren-, Schuh- und der chemischen Industrie.

Es ist aber falsch, anzunehmen, dass die Entwicklung eindeutig vom handwerklichen Klein- zum industriellen Grossbetrieb fortschreite, und dass das Gewerbe deshalb zum Aussterben verurteilt sei. Alle Theorien, die auf diese Hypothese abstellten, sind durch die Wirklichkeit widerlegt worden. Einmal hat sich das Handwerk neben der Industrie behaupten können, wo die individuelle Arbeit und deren Qualität ausschlaggebend ist (z. B. Masschneiderei neben der Kleiderfabrik), oder es ist eine Verlagerung von der Fabrikation zur Reparatur eingetreten wie im Uhrmacher- oder im Schuhmachergewerbe. Daneben sind aber gerade als Folge der Industrialisierung ganz neue Gewerbezweige entstanden; so braucht die Automobilindustrie als Ergänzung die Autoreparaturwerkstätten und die Tankstellen. Diese neuen Existenzmöglichkeiten für den gewerblichen Klein- und Mittelbetrieb sind nicht etwa nur ein kümmerlicher Ersatz für das früher allein herrschende Gewerbe, sondern sie übertreffen dieses weit an Bedeutung hinsichtlich der Zahl der Betriebe sowie der Beschäftigten. Es kann somit nicht von einem Aussterben des Gewerbes, sondern eher von dessen Renaissance gesprochen werden, freilich nicht in den alten Formen und auch nicht in den früheren Domänen des Handwerks.

Diese Umstellungen und Anpassungen, die im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung notwendig geworden sind, haben natürlich nicht nur Annehmlichkeiten gebracht, sondern sie waren im Gegenteil für die Betroffenen oft von schweren, nachteiligen Folgen begleitet. Das Gewerbe hat nun zwei Möglichkeiten, wie es auf solche Entwicklungstendenzen reagieren kann: Entweder sucht es das Bisherige zu erhalten durch Beschränkung der leistungsfähigeren Betriebsformen und durch Stützungsaktionen mit Hilfe des Staates, oder es sucht sich den neuen Erfordernissen anzupassen und den Uebergang möglichst schmerzlos zu gestalten.

Die Erfahrung von Jahrhunderten lehrt, dass das Rad der Entwicklung auf die Dauer nicht aufgehalten werden kann. Die Maschine hat sich durchgesetzt, und selbst der gewerbliche Kleinbetrieb hat sie sich zunutze gemacht und dadurch seine Leistungsfähigkeit gesteigert.

Trotzdem beschreitet die schweizerische Gewerbepolitik auf Betreiben der Gewerbeverbände immer wieder den Weg, die Entwicklung zu grösserer Leistungsfähigkeit zu unterbinden, angeblich zur Erhaltung des gewerblichen Mittelstandes. Seit längerer Zeit geschieht das besonders auf dem Gebiete des Detailhandels. Was da an Verboten (für Lebensmittel-, Textil-, Schuh-, Möbelgeschäfte, Waren- und Kaufhäuser) und an andern Ausnahmegesetzen (wie Ausgleichsteuer) erlassen worden ist, das erinnert an das Zeitalter der Maschinenstürmer. Es geht zwar nicht um die Einführung neuer Maschinen, aber um die *Anwendung zweckmässigerer und leistungsfähigerer Formen der Warenvermittlung*, wie sie vor allem die Genossenschaften durch den zentralisierten Grosseinkauf und das Filialsystem eingeführt haben.

Hatte man ursprünglich solche Ausnahmeerlasse als «vorübergehende Krisenmassnahmen» begründet, so will sie der Gewerbeverband heute in die dauernde Gesetzgebung überführen und sogar verfassungsmässig verankern. Die Revision der Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung bietet den willkommenen Anlass dazu.

Nun ist eine Anpassung der Verfassungsbestimmungen über die Wirtschafts- und Sozialpolitik an die Erfordernisse der Gegenwart und der Zukunft notwendig. Eine Wirtschaftspolitik, die sich die Verhinderung der Wirtschaftskrisen zum Ziele setzt, ist mit der unbeschränkten Handels- und Gewerbefreiheit nicht vereinbar. Arbeiterschaft und Bauersame erstreben daher positive, die Wirtschaft fördernde Massnahmen, um volle Beschäftigung und ausreichende Existenzmöglichkeiten zu erreichen. Eine solche Politik würde auch für Gewerbe und Handel den besten Schutz und die günstigsten Voraussetzungen für einen gesicherten Verdienst schaffen. Das wollen die massgebenden Kreise des Schweizerischen Gewerbeverbandes nicht einsehen, und sie erklären, die ganze Verfassungsrevision habe für sie keinen Wert, wenn sie nicht die Weiterführung der bisherigen Beschränkungen, ja sogar deren Ausdehnung (durch die allgemeine Bewilligungspflicht auf Grund des Fähigkeitsausweises) ermögliche. Im Grunde genommen wollen diese Gewerbepolitiker für sich selbst die volle Handels- und Gewerbefreiheit, für ihre Konkurrenz dagegen möglichst viele Einschränkungen und Fesseln.

Hier liegt die entscheidende Differenz im Kampf um die neuen Wirtschaftsartikel. Sie ist von viel grösserer grundsätzlicher und praktischer Tragweite, als die meisten glauben, denn es geht um die Frage: *Soll unsere Volkswirtschaft möglichst leistungsfähig gemacht werden, damit unser Volk seine Lebenshaltung verbessern und sichern kann, oder soll sie in ihrer Entwicklung gedrosselt und verkrüppelt werden, so dass ein kleinlicher Kampf um den verkürzten Futtertrog entsteht?*

Wenn die Genossenschaften eine Fortsetzung der mit Verboten und Beschränkungen operierenden Gewerbepolitik so scharf bekämpfen, so tun sie es nicht nur, um die Entwicklung der Selbsthilfeorganisationen zu sichern, sondern sie führen damit auch den Kampf für die Verbesserung des Lebensstandards. Die neueren rationellen Methoden der Warenvermittlung sind in unserem Lande noch bei weitem nicht vollständig ausgenützt, und die Genossenschaften haben die Aufgabe, die daraus zu schöpfenden Vorteile den Konsumenten zufliessen zu lassen. Deshalb ist ihr Kampf gegen die bisherige Gewerbepolitik ein Kampf *für die Hebung der Lebenshaltung insbesondere der untern Volkskreise.*

Die Gewerbepolitiker stehen an einem *Scheideweg.* Entweder suchen sie in den bisherigen Geleisen weiterzufahren und sich mit allen möglichen Ausnahmebestimmungen eine unbequeme Konkurrenz vom Leibe zu halten, dann ist die Revision der Wirtschaftsartikel zum Scheitern verurteilt; Schiffbruch erleiden wird aber auch die ganze antiquierte Gewerbepolitik, denn auch mit verfassungswidrigen dringlichen Bundesbeschlüssen und Bundesratserlassen ist auf die Dauer nicht durchzukommen. Oder aber der Gewerbeverband bekennt sich zu einer *fortschrittlichen positiven Wirtschaftspolitik,* die durch *Hebung der Leistungsfähigkeit* und *Sicherung der Vollbeschäftigung* allen Wirtschaftsgruppen Förderung angedeihen lässt. Dann wäre ohne Zweifel eine Verständigung zu erzielen, die auch dem Gewerbestand grosse Vorteile bieten würde. An eine Unterdrückung des Gewerbes und des gewerblichen Mittelstandes denkt niemand. Sie werden ihre Existenz auch in der künftigen Wirtschaft behaupten, vorausgesetzt, dass sie mit der Entwicklung marschieren und ihre Leistungsfähigkeit steigern, statt die ihnen unbequeme Konkurrenz der genossenschaftlichen Selbsthilfeorganisationen unterdrücken zu wollen.

Vielleicht werden die Vertreter des Gewerbeverbandes einwenden, man gewähre ja auch der Landwirtschaft weitgehende staatliche Hilfe, das Gewerbe beanspruche das gleiche Recht. Die Schutzmassnahmen zugunsten der Landwirtschaft haben jedoch eine ganz andere Bedeutung. Sie bezwecken nicht die Unterbindung einer leistungsfähigeren inländischen Konkurrenz. Zu einem sehr grossen Teil handelt es sich um Massnahmen zur *Förderung der Leistungsfähigkeit,* wobei die *genossenschaftliche Selbsthilfe* der Bauern eine eminente Rolle spielt. Ferner wird der Landwirtschaft Schutz bzw. eine Garantie ihrer Preise gewährt gegenüber der ausländischen Konkurrenz, um die inländische Agrarproduktion im Interesse der Landesversorgung zu erhalten. Das bedeutet für unsere Volkswirtschaft eine erhebliche Belastung, die durch grössere Leistungsfähigkeit auf andern Gebieten wettgemacht werden muss, sollen nicht die Konsumenten mit höheren Preisen oder die Arbeiter mit niedrigeren Löhnen die Kosten tragen. Deshalb können wir es uns nicht leisten, im Handel durch staatliche Beschränkungen veraltete Betriebsformen aufrecht zu erhalten, was nur auf Kosten der Lebenshaltung der breiten Volksmassen geschehen kann.

Das ganze Volk, mit Einschluss des Gewerbestandes, hat das grösste Interesse daran, dass alle Zweige unserer Volkswirtschaft möglichst leistungsfähig sind, nicht nur zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland, sondern vor allem auch zwecks Erzielung eines hohen Lebensstandards. Die bisherige Gewerbepolitik steht diesem Ziel entgegen. Sie muss radikal geändert werden, um mit den wirklichen Interessen unserer Bevölkerung und nicht zuletzt auch des Gewerbestandes selbst in Einklang gebracht zu werden.

Wer ist für die übermässige Zahl der Detailhandelsbetriebe in der Schweiz verantwortlich?

Bundesrat Dr. Stampfli hat am 9. September in einer grossen Volksversammlung über schweizerische Nachkriegspläne gesprochen und dabei u. a. erwähnt: «Im selbständigen . . . Mittelstand ist die Zahl der Betriebe im Jahrzehnt 1929/1939 um 13 % auf 244 429 gestiegen». Anscheinend hält Bundesrat Stampfli das nicht als erwünscht, so wenig wie die Führer des Schweiz. Gewerbeverbandes.

Warum ist es für die Leute, die stets den Slogan vom «staatserhaltenden Mittelstand» im Munde führen, nicht angenehm zu hören, dass die Zahl der Mitglieder dieses staatserhaltenden Mittelstandes zu gross geworden sei? Unseres Erachtens darf die Zahl der staatserhaltenden Mitbürger, zu denen wir nicht nur die Handwerker und Spezierer rechnen, nie zu gross sein, wir finden je grösser desto besser. In diesem Zusammenhang darf übrigens erwähnt werden, dass letzthin einer der jüngeren Führer des Gewerbeverbandes, Nationalrat Dr. Schirmer in Baden, der Sohn des früheren Zentralpräsidenten des Schweiz. Gewerbeverbandes, in einer politischen Versammlung erklärt hat, es sei eine Anmassung, wenn der selbständige Mittelstand das Privileg «staatserhaltend» nur für sich beanspruche; staatserhaltend müssten alle Bevölkerungsgruppen sein.

Wenn man heute im Bundeshaus und anderswo die starke Zunahme der selbständigen Detailhandelsbetriebe beklagt, so sollte man sich an die eigene Brust klopfen und ausrufen: «Mea culpa, mea maxima culpa» (meine eigene Schuld, meine unermessliche Schuld).

Denn was anders hat die Zunahme der kleinen und kleinsten Detailhandelsbetriebe verursacht als die Unterdrückung der Konkurrenz der leistungsfähigen Grossbetriebe im Jahre 1933? Leitender Grundsatz beim Erlass der Beschränkungen im Jahre 1933 war der *Schutz der mittleren und kleinen Betriebe* gegen die Konkurrenz der grossen, wie das der Gewerbeverband 1933 in einer natürlich einstimmig angenommenen Resolution verlangt hatte.

«Dein Wunsch ist mir Befehl» erklärten die Bundesinstanzen dem Gewerbeverband. Damals sah man das Heil noch nicht im Fähigkeitsausweis. Niemand hätte es gewagt, vom Fähigkeitsausweis überhaupt, geschweige denn vom Obligatorium für den Detailhandel zu sprechen. Wahrscheinlich wegen des schlechten Rufes, den diese Institution im Nachbarlande Oesterreich und sogar über dessen Grenzen hinaus hatte.

Heute, nachdem die Entwicklung bewiesen hat, dass man 1933 auf dem Holzwege war, sucht der Gewerbeverband sein Heil im Fähigkeitsausweis. Dazu braucht er die Hilfe des Bundesrates und der Bundesversammlung. Gehorsam diesem Wink will der Bundesrat die Grundlage für diese neue Knebelung der freien Wirtschaft schaffen, und er wird dabei Sukkurs bei der Mehrheit der Bundesversammlung finden, wenn nicht das Volk Einhalt gebietet.

Wie wird sich nach Einführung des Obligatoriums des Fähigkeitsausweises die Zukunft gestalten? Man kann mit Sicherheit damit rechnen, dass auch diese Methode, den zünftlerischen Wünschen entgegenzukommen, Fiasko machen wird, und zwar aus folgendem Grunde:

Am Anfang verschafft der Besitz eines Fähigkeitsausweises dem Inhaber eine Art Monopol, wodurch sich seine Einnahmen vergrössern. Das wirkt dann attraktiv auf die jungen Leute, sie erwerben den Fähigkeitsausweis, und ihnen darf die Bewilligung nicht verweigert werden. Dann sind diese Sparten bald wieder überfüllt, wie das auch in anderen Berufen, die nur mit Fähigkeitsausweis zu betreiben sind, der Fall ist. Vergleiche die Klagen über die Ueberfüllung der akademischen Berufe. Gerade dieser Tage ist an der Versammlung des Juristenverbandes von dem Studium der Jurisprudenz ernstlich abgeraten worden.

Nach einem Dutzend Jahren ist dieser Detaillistenberuf wieder überfüllt, wie das bei den Advokaten, Aerzten, Lehrern usw. der Fall ist. Dann verlangt der Gewerbeverband neben dem Fähigkeitsausweis die Beschränkung der Zahl der Betriebe, den numerus clausus, und wahrscheinlich wird auch dieser Wunsch für die Bundesinstanzen Befehl sein. Der Beschränkung der Betriebe folgt die Wertsteigerung der bestehenden wie überall, wenn neue Betriebe nicht mehr frei eröffnet werden können. Bei den Wirtschaften und Milchhandlungen ist diese Wertsteigerung seit Jahren eingetreten. Interessanterweise haben schon die wenigen Kriegsjahre Betrieben, die irgendwelchen amtlichen oder privaten Beschränkungen unterworfen waren oder noch sind, bedeutende Wertsteigerungen gebracht, zum Beispiel den Bäckereien, die bei Handänderungen erhebliche grosse Wertsteigerungen erfahren haben. Zigarrengeschäfte, für welche die Lieferungen seitens der Fabrikanten wegen Mangels an Rohtabak kontingentiert sind, so dass nur die alten Abnehmer beliefert werden, haben bei Handänderungen ebenfalls erheblichen Mehrwert.

Schliesslich müssen aber alle diese fiktiven Werte von den Konsumenten bezahlt werden; die gelten aber bei unseren Behörden nichts, wenn sie sich nicht wehren.

Dr. Oskar Schär

Für die Kostensenkung der Lebenshaltung!

Ein Wort an die Konsumenten!

Welche Hausfrau und welcher besorgte Hausvater ersehnt nicht die baldige Lockerung der Rationierung oder gar deren Aufhebung, und wer ersehnt nicht die baldige Erleichterung der Lebenshaltung durch die Verbilligung der Einkaufspreise? Die vielen Einschränkungen in der Ernährung, Bekleidung, Heizung und Reinigung haben im Volk eine nervöse, ja gereizte Stimmung erzeugt, und die Hinweise auf noch schlechtere Verhältnisse im Ausland können nicht helfen. Dergestalt ist es nicht verwunderlich, dass alle Meldungen über eine baldige Verbesserung der Zufuhren der Schiffahrt, der Landwege usw. mit dem grössten Interesse und mit optimistischen Gefühlen aufgenommen werden. Die Meldung von der Erhöhung der Brotration ab 1. Oktober von täglich 200 auf 250 Gramm wurde überall freudig begrüsst. Endlich eine wirksame, längst nötige Erleichterung in der Ernährung!

Bei solchen Verhältnissen, wobei noch vielerorts ungenügende Teuerungszulagen und schlechte Entlöhnung mitwirken und die Lage der Konsumenten bis zur Verzweiflung erschweren, ist es nicht erstaunlich, dass die Grossinserate einer gewissen Konkurrenz, die Mitte September massive Preisabschläge auf rationierten Waren verkündeten, beim Publikum grösstes Aufsehen erregten. Aber die Fragen nach dem «Wieso?» und dem «Warum?» folgten auf dem Fusse, ein Zeichen, dass ein grosser Teil der Konsumenten volkswirtschaftlich denkt und nicht blindlings folgt, wie es gewisse «Diktatörchen» so gerne hätten!

Zur Erklärung des Vorgehens der betreffenden Firma erinnern wir an die verschiedenen Meldungen in der Tagespresse, welche die bald zu verwirklichende *Verbilligungsaktion des Bundes* anzeigten! Zu diesem Zwecke sollte aus dem Fonds für Kriegsrisikoversicherung des Bundes ein Betrag von 100 Millionen Franken ausgeschieden werden. Was für Waren zur Aktion herangezogen und welche Verbilligungssätze in Aussicht genommen wurden, war der Oeffentlichkeit noch nicht bekannt. Diese Frage wurde in der *Eidg. Preisbildungskommission* behandelt, und es erhebt sich die Frage, ob wiederum, wie auch schon, ein Missbrauch des Vertrauens, das ein Mitglied einer amtlichen Kommission geniesst, vorliegt? Diese Frage interessiert aber das grosse Publikum weniger als die Frage, was wurde mit dieser privaten, der Bundesaktion einige Tage vorauseilenden Verbilligung einiger rationierter Lebensmittel erreicht? Was bedeutet sie für den notleidenden Konsumenten und was für den Produzenten, den Lohnverdiener? Festhalten müssen wir zuvor, dass alle hier in Frage stehenden Waren, wie Teigwaren, Mehl, Brot, Oele, Fette, Zucker und Kaffee, vom Bund, dem Eidg. Kriegs-Ernährungs-Amt, bewirtschaftet sind. Die Abgabe an den Handel geschieht im Rahmen der Rationierung, der Kontingente und zu den von der Preiskontrolle genau vorgeschrie-

benen Engros- und Detailpreise! *Diese Engrospreise haben bis heute keinerlei Aenderung oder Herabsetzung erfahren.* Lediglich die Verbilligungsaktion des Bundes war in nahe Aussicht gestellt, ohne dass, wie gesagt, irgendwelche Details bekannt waren.

Mit der Publikation in grossen Lettern von Preisabschlägen, welche gegenüber den bisherigen Detailpreisen eine Senkung von 10 bis 20 % bedeuten, wird in der Oeffentlichkeit der durchaus irrige Eindruck erweckt (ob gewollt oder ungewollt, sei hier übergangen), als ob es sich um eine ins Gewicht fallende Senkung der Lebenskosten handle und damit eine wesentliche Erleichterung für die Konsumenten! Diese Auffassung könnte bei der Frage der Löhne und der Zulagen bei vielen Arbeitgebern eine verhängnisvolle Rolle spielen. Der Leidtragende und Geprellte wäre wiederum der Arbeitnehmer und Konsument.

Wir haben ausgerechnet, dass der betr. Preisabschlag für die Kosten der September-Lebensmittelkarte A eine Verbilligung von *total 68,3 Rp.* bedeutet, übrigens auch nur dort, wo diese Karte nicht bereits eingelöst wurde! Bei dem allgemeinen Warenhunger nach dem Ferienmonat August mit seinen knappen Rationen wurde ein Grossteil der Karten und Rationen bereits in den ersten Septembertagen eingelöst, was die Umsätze beweisen. Das Opfer der betreffenden Firma für den Rest des Monats ist also nicht allzugross, wenn im Oktober die Aktion des Bundes in Kraft tritt. Selbstverständlich spielen diese 68,3 Rp., bei 5 Karten = Fr. 3.41½, im Monat für den Haushalt eine gewisse Rolle. Aber diese Franken willkürlicher Senkung der Lebenskosten sind bald verschwunden, wenn unter dem Eindruck der grossaufgezogenen Inserate zu befürchten ist, dass dort, wo die Teuerungszulagen noch ungenügend sind, diese nicht mehr erhöht, und, wo einigermassen rechte Zulagen entrichtet werden, solche bald abgebaut werden. Dieser verhängnisvolle Eindruck der willkürlichen und zu egoistischen Reklamezwecken aufgezogenen Aktion der betr. Firma wird noch verstärkt durch einen Artikel in der «Tat» vom 13. September 1945 unter dem Titel: «Für die Wiederherstellung des früheren Reallohnes». Nach der Erwähnung von verschiedenen Lohnstatistiken wird die Schlussfolgerung gezogen: «Wenn sich die Löhne nicht erhöhen lassen, müssen wir eben an eine Herabsetzung der Lebenskosten denken ...» Einverstanden, aber nicht auf diese Weise, welche als plumpe Preisunterbietung und als unlauterer Wettbewerb zu bezeichnen ist! Für den gesamten Detailhandel, ob privat oder genossenschaftlich, bedeutet das Vorgehen der betreffenden Firma in seinen finanziellen Auswirkungen ein Verzehren der Substanz, sobald unter Einstandspreisen verkauft wird. Eine solche Entwicklung wäre um so katastrophaler, weil wir sowieso vor der für alle Handelsbetriebe schwierigen Periode der Verluste zufolge Preiszerfalls stehen. Es steht ausser Frage, dass der kommende Preisabbau unsere Altreserven teilweise, wahrscheinlich sogar gänzlich, aufzehren wird. Besondere neue Reserven zu bilden, für die Risiken des Preiszerfalls, war während des Krieges nicht möglich, zufolge der einengenden Bestimmungen der Preiskontrolle und der schikanösen Berechnungen der Eidg. Kriegssteuerverwaltung mit ihren akrobatischen, jeder Gerechtigkeit hohnsprechenden Rechenschieberkünsten ...

Somit müssen wir noch etwas Geduld haben, bis das Eidg. Kriegs-Ernährungs-Amt in Bern die Abgabepreise für die rationierten Waren ermässigt, resp. die Verbilligungsaktion des Bundes in Kraft tritt. Wir verlangen von den zuständigen Instanzen in Bern *Tempo*, d. h. die *Inkraftsetzung auf den 1. Oktober 1945!* Ferner darf dringend verlangt werden, dass gegen den Vertrauensmissbrauch von Leuten in eidgenössischen Kommissionen zu eigenen Geschäftszwecken energisch eingeschritten wird. Dies würde unbedingt zur «Sauberkeit in der Demokratie» beitragen!

Hans Rudin-Dettwyler,
Geschäftsleiter des LV Zürich

Eine warnende Stimme zu den Wirtschaftsartikeln

Sch. Anscheinend hat man in weiten Kreisen davon Kenntnis erhalten, dass die Genossenschafter mit dem Resultat der Beratungen der nationalrätlichen Kommission auf dem Bürgenstock nicht zufrieden sind und dass sie, falls man ihnen nicht entgegenkommt, den neuen Wirtschaftsartikeln den Kampf ansagen werden. Es ist zu vermuten, dass der Bundesstadtredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung», Prof. Dr. Weber, über diese Entwicklung unterrichtet ist. Er scheint darüber nicht erfreut zu sein, denn er schreibt im Leitartikel der «NZZ» vom 15. September 1945 folgendes (man muss von der bevorstehenden, im Jahre 1946 erfolgenden Volksabstimmung ausgehen):

> «Zerschlagen Volk und Stände das Werk ihrer Vertrauensmänner, dann entsteht ein Chaos, wie es unser Bundesstaat kaum je erlebt hat. Die Geschichte würde mit Fug und Recht die Bundesversammlung der Unfähigkeit bezichtigen, weil sie nicht imstande gewesen wäre, den Volkswillen in die richtige Entschlussbahn zu lenken. Deshalb kann die Wesensart der bevorstehenden Beratung nicht Kraftprobe, sondern sie muss Verständigung heissen. Das Ergebnis darf nicht so ausfallen, dass eine der grossen Wirtschafts- oder Gesinnungsgruppen des Landes die Nein-Parole ausgibt. Die Politik als die Kunst des Erreichbaren muss sich bewähren, und zwar in allen Lagern. Darf man voraussetzen, der Wille zur Verständigung sei überall vorhanden und es werde nicht nach dem Schema «Alles oder nichts» verfahren?»

Wenn so ernst auf die Folgen der Unterdrückung der Interessen der Selbsthilfeorganisationen hingewiesen wird — sie sind zwar nicht ausdrücklich erwähnt, es kann jedoch niemand anders gemeint sein —, so sollten auch die für die endgültige Fassung der Wirtschaftsartikel Verantwortlichen, die Mitglieder der Bundesversammlung, ein Einsehen haben, wenn sie sich nicht den Vorhalt gefallen lassen wollen, sie hätten aus sturer Vorliebe für die Neubelebung des Zunftwesens und aus lauter Angst vor ihrem Kollegen Dr. Gysler die neue Fassung auf Biegen oder Brechen angenommen.

Caveant consules! Die Behörden sollen aufpassen.

Wenn einer den andern gelten lässt, hat er schon beigetragen zur Erfüllung unserer eidgenössischen Aufgabe. Hierin beruht das einfache Geheimnis für das «helvetische Wunder», von dem ein italienischer Journalist geschrieben hat.

Walo von Greyerz,
im «Bilderbuch unserer Demokratie»

Die Lage bei Obst, Kartoffeln und Gemüse

Enttäuschungen für die Konsumenten

Die «Interessengemeinschaft der Konsumvereine des V.S.K. mit Landesproduktenvermittlung», die am Donnerstag, den 13. September, unter dem Vorsitz von Präsident *Hungerbühler*, LVZ, in Bern versammelt war, hatte sich mit Problemen zu befassen, die für unsere Landesversorgung von weittragender Bedeutung sind. Werden wir unserer Mitgliedschaft genügend Obst vermitteln können? Klappt die Versorgung mit Kartoffeln und Gemüse? Herr *Rinderer*, Chef der Abteilung Landesprodukte, vermittelte in seinen eingehenden Ausführungen ein lebendiges Bild der je nach Produkt sehr verschiedenartigen Situation. Eine endgültige Antwort kann überhaupt noch nicht gegeben werden. *Entscheidendes wird vom Import abhängen.* Und da wird ja schon seit Monaten versucht, die Beziehungen neu zu beleben und mit den früheren Lieferanten in Kontakt zu kommen. Gewisse Erfolge sind jetzt schon zu verzeichnen; bedeutende Mengen Importobst sind z. B. dem Konsum schon zugeführt. Weitere Lieferungen sind im Anrollen oder in Vorbereitung. Wenn es nur mit den Transportwegen und -mitteln besser stehen würde; soviel Unsicherheit ist mit ihnen noch verbunden. Der Wille zu liefern ist da und weitgehend ebenfalls die Möglichkeit, wenn auch der Krieg z. T. in den Anbaugebieten, wie in den Elsässer Erdbeerkulturen, schlimm gehaust hat. In Frankreich, Spanien, Italien, selbst in Belgien, Dänemark und Holland besteht grosse Bereitschaft, die Verbindungen wieder aufzunehmen: Orangen, Bananen, Zitronen, Aepfel, Birnen, Gemüse inkl. der berühmte Brüsseler Salat stehen in Aussicht. — Doch warten wir ab, ob sich die Hoffnungen erfüllen.

Diese Lichtblicke erhellen die Situation vor allem auf dem inländischen *Obstmarkt*. Der Maifrost hat eben verheerend gewirkt. Mit Ausnahme der Ostschweiz müssen wir mit einer *Minimalernte* rechnen. Der überreiche Behang in der Ostschweiz wird zwar etwas gemindert durch das viele Fallobst und — was besonders betrüblich ist — das *Fehlen genügender Arbeitskräfte für die Ernte*. Die Interessengemeinschaft wird deshalb an Bern herantreten mit dem dringenden Begehren, für einen schnellen und ausgiebigen Arbeitseinsatz besorgt zu sein, um so grosse Mengen wertvollen Tafelobstes vor dem Verderb und der Wertminderung zu retten. Sie wird gleichzeitig gegen eine gewisse

konsumentenschädliche Praxis

protestieren, die darin zum Ausdruck kommt, dass die bald essreifen Menznauer Jäger und Boskop zu den 29 Apfelsorten gehören, die vorläufig überhaupt nicht auf den Markt kommen, sondern in den Kühlhäusern eingelagert, hier mit den Lagerspesen belastet und so erst nach einer *unnötigen Verteuerung* wieder dem Konsumenten zugeführt werden. Es wäre am Platz gewesen, auch die Menznauer Jäger und die Boskop den Herbstsorten zuzugesellen, auf die keine Lagerzuschläge erhoben werden, um so nach Möglichkeit eine stetige Beschickung des Marktes in den nächsten Monaten zu bewirken.

Jede Hausfrau ist in der Lage — und sie tut es auch mit aller Bestimmtheit —, die erhältlichen kleinen Quantitäten Obst genau zu kontrollieren, um keinen Verderb entstehen zu lassen. Und ob den bald konsumreifen Menznauer Jägern und Boskop auf dem Weg Produzent-Kühlhaus-Handel-Konsument nicht viel grössere Qualitätsgefahren entstehen, als wenn es jetzt schon auf einem bedeutend kürzeren Wege möglich gemacht würde, zu einem bescheidenen Vorrat zu gelangen, ist eine Frage, die gewiss leicht zu beantworten ist. So verständlich es erscheint, ein gewisses Quantum Aepfel für den Winterbedarf in den Kühlhäusern zu konservieren, so geht es doch zu weit, etwa die Hälfte der gesamten, auf etwa 4000 Wagen geschätzten Aepfelernte aus dem Markt zu ziehen. Denn schliesslich gibt es sehr viele Konsumenten, die gute Lagermöglichkeiten besitzen. Und viele von ihnen werden im Frühling und im Spätwinter nicht mehr in der Lage sein, die mit allen möglichen Zuschlägen belasteten Aepfel zu kaufen. Der volkswirtschaftliche Vorteil durch angeblichen Schutz des Obstes vor Verderb besteht so vielleicht nur zu 50 Prozent, indem die jetzt durch die Lagerung den Konsumenten entzogenen Aepfel in vielen Fällen später gar nicht mehr erschwinglich sind. So sehr die volkswirtschaftliche Funktion der Kühlhäuser anerkannt werden muss, so bestreitbar sind Vorkehren, die praktisch zu einem Ausschluss gewisser, weit in den Mittelstand reichender Kreise vom Konsum, resp. zur

unnötigen Verteuerung qualitativ hervorragender Aepfel

führen. Nicht zur Diskussion gestellt seien hiemit die Lagerzuschläge als solche, die — wie aus dem Kreise der Versammlung betont wurde — wohl nicht zu hoch sind. Bestritten wird nur die Notwendigkeit, die Aepfel in diesem Ausmasse in den Kühlhäusern zu lagern, während auch in den meisten Haushaltungen der Konsumenten für eine liebevolle Behandlung des Obstes bestimmt grosse Sorge getragen wird.

Die *Produzenten* haben allerdings weitgehend die Möglichkeit, ihre Aepfel direkt an die Konsumenten weiterzuleiten. Doch sind auch sie moralisch zur Ablieferung verpflichtet. Es ist zu hoffen, dass dies geschieht. Die landwirtschaftlichen Verbände und Presseorgane geben sich denn auch alle Mühe, die Bauern von der Notwendigkeit dieser Disziplin, die für den *Handel* sowohl wie die *Konsumentenschaft* gilt, zu überzeugen.

Erfreulich ist die staatliche Verbilligungsaktion, die auch Minderbemittelten die Anschaffung eines gewissen Quantums Aepfel ermöglicht.

Beim *Gemüse* ist die Situation insofern noch unbestimmt, als sehr viel von den Importmöglichkeiten abhängen wird. Der V. S. K. war aber auch hier weitsichtig am Werke. Durch den Abschluss von Anbau- und Lieferungsverträgen hat er sich bedeutende Quantitäten gesichert, die viel zu einer Befriedigung der Mitgliederwünsche beitragen können.

Und sehr erfreulich ist die Lage bei den *Kartoffeln*. Leider ist infolge der Dürre auch hier ein grosser Ausfall entstanden. Statt der letztjährigen etwa 185 000 Eisenbahnwagen wird man dieses Jahr nur mit etwa 165 000 rechnen können. Der Ausfall wird auf Kosten der Futterkartoffeln gehen. Ausserdem kommt dieses Jahr die Beimischung von Brot nicht mehr in Frage, so dass *für die menschliche Ernährung* genügende Mengen zur Verfügung stehen werden.

Selbstverständlich wird der V. S. K. sich wieder tüchtig ins Zeug legen. Der grosse Wagenmangel wird jedoch gewisse Verzögerungen in der Ablieferung im Gefolge haben. Die Vereine tun gut, ihre *Vertrauensaufträge* jetzt schon dem V. S. K. zu übermitteln und ihn so zu schnellen, rationellen Dispositionen zu befähigen. Auch liegt ein sehr schnelles, ja ein *sofortiges Leeren der Eisenbahnwagen* im Landesinteresse, was jedoch nicht an einer ganz sorgfältigen Prüfung der jeweiligen Lieferungen hindern soll.

Lebhafte Kritik erfuhr durch die Versammlung die *ausserordentlich späte Festsetzung der Kartoffelpreise.* Da und dort sind noch Lager in Bintje und Böhms vorhanden, die den Produzenten zu einem höheren Preis bezahlt wurden und diesen damit im Vergleich zu den jüngst erlassenen offiziellen Preisen noch bedeutend höhere Erträge einbrachten. Ist da nicht am Platze, dass für die einzelnen Vereine keine Verluste entstehen und ihnen eine entsprechende Rückvergütung auch auf *die* Quantitäten der genannten Sorten zuteil wird, die nicht Teil eines Pflichtlagers sind? Die Direktion des V. S. K. wurde eingeladen, in diesem Sinne bei der Alkoholverwaltung vorstellig zu werden.

Der Unzufriedenheit wurde auch über die allgemeine Erhöhung der Kartoffelpreise Ausdruck gegeben. Der Konsument hätte nicht mehr zusätzlich belastet werden dürfen. Herr Dr. *Müller*, Mitglied der Direktion des V. S. K., erklärte, dass er sich ebenfalls in Bern gegen die Preiserhöhung gewehrt habe, aber nicht durchgedrungen sei.

Leider wird die Konsumentenschaft

auf die Einlagerung von Bintje und Böhms verzichten

müssen. Da diese Sorten sehr gut gediehen, wurden grosse Lager als Aushilfssaatgut fürs nächste Jahr angelegt, auch wurden sie für die Herstellung von Trockenkartoffeln verwendet. Und auf den Rest warf sich der Handel, so dass es heute unmöglich ist, weitere nennenswerte Quantitäten in diesen Sorten flüssig zu machen. Doch — und das betonte auch Herr Dr. Müller — seien wir glücklich, dass uns in den übrigen, ebenfalls sehr guten Sorten reichliche Mengen zur Verfügung stehen.

Alles in allem dürfen wir feststellen, dass weder beim Obst noch Gemüse und ganz und gar nicht bei den Kartoffeln ein Pessimismus am Platze ist. *Das Schweizer Volk wird genug zu essen haben.* Seitens der Behörden sind in Zusammenarbeit mit der Warenvermittlung Vorkehrungen getroffen, die im grossen und ganzen die Ueberbrückung zur neuen Ernte im kommenden Jahr — soweit menschliches Tun und Planen dies vermag — garantieren. Wesentlich ist, dass sich alle Beteiligten darin einig sind, dass Disziplin, Rücksicht auf das Wohl der Allgemeinheit unbedingt gewahrt werden müssen. Und die Konsumgenossenschaften werden es sich zur vornehmlichen Aufgabe machen, durch eine *forsche Preispolitik* und *gute Qualität* eine Aufgabe zu erfüllen, die in den kommenden Monaten besonders wichtig ist. r

Herunter mit den Brotpreisen

Doch durch Leistung und nicht durch unloyale Preispolitik

Im Mittelpunkt der ausserordentlichen Versammlung der Vereinigung der Konsumvereinsbäckereien der Schweiz am vergangenen Dienstag in Lausanne stand der *Brotpreisabschlag in den Konsumvereinsbäckereien.* Ohne irgendeine Gegenstimme wurde der Antrag des Vorstandes, die Konsumgenossenschaften einzuladen, den Brotpreis zu reduzieren, angenommen. Die Höhe des Abschlages bleibt den einzelnen Genossenschaften freigestellt. Sie werden die Reduktion nicht ohne Rücksicht auf die eigenen Betriebsergebnisse und die weiteren Erfordernisse des Gesamtbetriebs vornehmen können. Doch — und damit befand sich die Versammlung mit der Eidg. Getreideverwaltung und Preiskontrolle, die beide ebenfalls einen Abschlag befürworten, auf der gleichen Linie — das Interesse des von der Teuerung in die Enge getriebenen Konsumenten verlangt und das Ergebnis jeder gutgeführten Bäckerei gestattet es, die *Anpassung nach unten* zu vollziehen. Es gehört zum Ruhmesblatt der konsumgenossenschaftlichen Preispolitik, dass immer mehr Vereine sich zu einem fühlbaren Abschlag entschliessen und damit auch die Privatbäcker zwingen, in den Preisen zu folgen. Trotz des ausserordentlich guten Geschäftsganges der Privatbäckereien liessen sich diese bis dahin

erst unter dem Druck der genossenschaftlichen Konkurrenz

und z. T. wohl auch der betreffenden Behörden herbei, an den Konsumenten einen Teil des guten Ertrages abzutreten. Und wenn die Privatbäcker angesichts der schon an manchem Orte durchgeführten Brotpreisreduktion und des vor dem Abschluss stehenden Gesamtarbeitsvertrages warnend den Finger erheben und das Eingehen fester vertraglicher Bindungen zugunsten der oft sehr abhängigen Arbeitnehmer in Frage stellen, so ist festzustellen — wie das auch an der Versammlung geschah —, dass die Privatbäcker soviel verdienen, dass sie *trotz Brotpreisreduktion die Bedingungen des Gesamtarbeitsvertrags einhalten* können.

Jedenfalls ist es für die Konsumgenossenschaften gegeben, dass sie ihre hohe Aufgabe im Dienste der Konsumentenschaft gerade beim wichtigsten Lebensmittel erfüllen und mit der Verbilligung führend vorangehen. Das wird vor allem dort um so entschiedener möglich sein, wo alles für einen *rationellen Betrieb* vorgekehrt wird. Es dürfte bekannt sein, dass die Privatbäcker mit ihren guten Geschäftsergebnissen ihre Betriebe konsequent und grosszügig modernisieren. Für dieses Ziel setzt sich schon lange auch unsere Mühlengenossenschaft und vor allem ihr Vertreter, Herr Junker, ein — was von verschiedenen Seiten auch lobend anerkannt wurde.

Aktive Preispolitik auf Grund der rationellen, dem Konsument verpflichteten Betriebsweise, das ist der Weg, den die Konsumgenossenschaften beschreiten, und keine Schleuderpreise, wie es dieser Tage seitens der Migros praktiziert wird. Der Brotpreis von 40 Rp. gehört zu den perfidesten Methoden, die je zur Diffamierung der Konkurrenz angewandt wurden. Was

bedeutet es für die Migros, eine derart exorbitante Reduktion vorzunehmen? Praktisch nichts. Denn es werden — wie das in Basel der Fall ist — nur wenige Kilo Brot pro Laden und Tag verkauft; u. U. fehlt das Brot überhaupt an gewissen Tagen, so dass die Kunden gar nicht bedient werden? Mit einigen wenigen hundert Franken kann sich da die Migros den sehr billigen «Spass» leisten, die gesamte Konkurrenz anzuschwärzen, sie in den Augen der Konsumentenschaft herabsetzen. Selbst dann, wenn die Migros wegen der Kontingentierungsvorschriften jetzt nicht mehr Mehl bekommen kann und sich mit der Brotherstellung in noch grösserem Masstabe so lange gedulden muss, bis grössere Importe da sind, so ist ihr Vorgehen trotzdem in höchstem Grade unfair und unsozial, die die heftigste Reaktion der Oeffentlichkeit und sämtlicher Wirtschaftskreise herausfordert.

Wir sind auf dem besten Wege zu einem Chaos, in dem ein ganzes Gewerbe, die gesunden Wirtschaftsprinzipien eines ganzen Landes dem kaltherzigen Ehrgeiz eines einzelnen geopfert werden.

Zurück zum Leistungsprinzip, das ist der einzige Weg. Und auf diesem wollen die Konsumgenossenschaften bleiben.

Ausser mit dem Brotpreis beschäftigte sich die Versammlung auf Grund einer detaillierten Orientierung durch Herrn *Gaschen,* ACV beider Basel, mit den *Sanierungsmassnahmen* des Eidg. Kriegs-Ernährungs-Amtes *für Bäckereibetriebe,* der *Sonderzuteilung* von Mehl in Rücksicht auf die Erhöhung der Brotration, sowie der *Aufhebung der Mehl-Reservelager.* Weniger die Konsumbäckereien als die Privatbäcker bedrückt die Tatsache, dass die Pflichtlager an Mehl an vielen Orten schon stark, bis sehr stark angebraucht sind. Man hat Couponsschulden auflaufen lassen, um der brotbegehrenden Kundschaft entgegenkommen zu können, und jetzt muss man sich der behördlichen Forderung erwehren, die entstandene Lücke schnell wieder aufzufüllen. Die Sonderzuteilung von 50 % auf Basis des Kontingents pro Mai 1945 soll auch diesem Zweck dienen; doch viele Privatbäcker befürchten, dass sie dann nicht mehr in der Lage wären, Brot im normalen Umfang zu backen, da ihnen nach Ausfüllung des Pflichtlagers bei weitem nicht mehr die nötigen Mengen Backmehl zur Aufrechterhaltung der Produktion zur Verfügung stehen. Bern scheint auch in diesem Punkte sehr nachsichtig zu sein. Wie neuestens verlautet, will man dort zusätzliche Rücksicht walten lassen, wo «die Brotversorgung gefährdet» ist. Man darf da also wirklich nicht über mangelndes Verständnis von Bern klagen. — Allerhand leistet man sich im Tessin. Herr Direktor *Hersberger* von der MSK konnte da direkt aufsehenerregende Mitteilungen machen, die mit Recht den Ruf nach Gleichberechtigung in der übrigen Schweiz laut werden liessen. Wenn, um dem Begehren der Konsumenten nach mehr Brot zu entsprechen, sogar Regierungsstellen die Bäcker zur couponfreien Abgabe von Brot auffordern, so ist es klar, dass auch die letzten Schranken zur Einhaltung der Vorschriften fallen müssen und nachher auch das gesetzliche Einschreiten verunmöglicht wird. Und wenn dann der Bund den Tessinern noch eine grössere Sonderzuteilung macht, so bedeutet dies ebenfalls ein Vorgehen, das den Protest derjenigen hervorruft, die sich am Ladentisch der Konsumentenforderungen kaum mehr erwehren können, aber trotz allem bei der Stange bleiben und getreulich den Anweisungen von Bern folgen.

Während bis jetzt erst die Sonderzuteilung von 50 % feststeht, befinden sich die Fragen der Aufhebung der Mehlreservelager und der Sanierungsmassnahmen noch im Fluss.

Zum Abschluss orientierte der Vorsitzende, Herr Direktor *Zulauf,* der mit Erfolg für eine speditive Erledigung der reichhaltigen Traktandenliste besorgt war, die Versammlung über diverse weitere Fragen, wie die Aufhebung kriegswirtschaftlicher Massnahmen im Bäckereigewerbe, die Erhöhung der Fettzuteilung, den hoffentlich sehr stark beschickten Kurs für Bäcker und Bäckermeister, die Brotpropaganda und die Entwicklung des Brotumsatzes.

Die Lausanner Versammlung, die ausserordentlich stark beschickt war, bedeutet für die in vorderster Linie stehenden Genossenschafter einen positiven Ansporn, für die *Spitzenposition der Genossenschaft in allen Fragen der Preispolitik* sich mit aller Energie einzusetzen. r

„Wissenschaft" und Genossenschaften

In Nr. 46 des «Schweiz. Konsum-Verein» vom 18. November 1944 wurde von Dr. Max Weber die merkwürdige Tatsache behandelt, dass Prof. Röpke in seinen Werken, die die schweizerische Oeffentlichkeit sehr stark beschäftigen, die Genossenschaften nur oberflächlich gestreift hat; wo es am ausführlichsten geschah, in Form einer Fussnote.

In dieser Anmerkung hält sich Prof. Röpke, trotzdem nach seinen Worten «die Genossenschaft eine höchst wichtige und nützliche Form des modernen Wirtschaftslebens geworden ist», eigentlich nur dabei auf, dass man in der ganzen Literatur über das Genossenschaftswesen vergeblich nach der Behandlung der grundsätzlichen Frage der Einordnung der Genossenschaft in die Markt- bzw. Kommandowirtschaft suche, zwischen welchen nach seiner Meinung die Entscheidung fallen müsse. Dass Röpke dabei wohl das Opfer seines eigenen unfruchtbaren Schemas geworden ist, hat Dr. Max Weber dargelegt.

Wahrscheinlich gibt es noch eine zweite Ursache, die Prof. Röpke gewisse Einschränkungen auferlegt: er schreibt für gewisse Kreise und deren Rechtfertigung und hütet sich ängstlich davor, allzu kühne Schritte zu machen, empfiehlt konforme, der Marktwirtschaft angepasste staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, um diese gesund zu erhalten. Dabei gleicht er nicht gerade dem mutigen Wegweiser auf neue Wege, sein «dritter Weg» gleicht eher dem Bürgersteig, auf den der artige Bürger gewiesen wird. Beweis hiefür ist es, wenn er in einem Artikel über «Wirtschaftsoligarchie» (N. Z. Z. Nr. 840 vom 27. 5. 1944) den gleichen Methoden verfällt. Er beginnt mit der modernen Manie, die Schuld am wirtschaftlichen Elend jeglicher Art irgendeinem anonymen Kollektivum zuzuschieben, das man bald in den Juden, bald in den Freimaurern, neuerdings aber in einer gewissen Anzahl Familien gefunden zu haben glaubt, z. B. in den 200 Familien, die ehedem eine Rolle in der französischen Publizistik spielten. Wir haben uns hier nicht mit dieser versuchten Gleichstellung der Judenhetze mit der Agitation der französischen Sozialdemokraten und anderer auseinanderzusetzen — wir nehmen diesen Versuch lediglich zur Kenntnis. Interessanter ist vielmehr die Darlegung, dass es absolut natürlich sei, dass wenige nur die Steuer der Wirtschaft in der Hand halten; die Ordnung der Gesellschaft müsse notwendigerweise die grössere Konzentration wirtschaftlicher

Macht bei wenigen zur Folge haben, wenn nicht die äusserste Konzentration des Kollektivismus oder ein reiner Bauern- und Handwerkerstaat mit lauter gleich grossen Betrieben vorliege. Sei aber die Wirtschaftsmacht unter wenige verteilt, so existiere diese Macht dann gar nicht, wenn die Konkurrenz richtig funktioniere, weil sie sich gegenseitig neutralisiere. Da handle es sich bei den Machtinhabern nur um Funktionäre der Gesellschaft, die dieselbe sehr billig zu stehen kommen. Erst wenn sich z. B. die 200 Familien zusammentäten, um an einem Strang zu ziehen, werde es gefährlich: aber das könne man sich gar nicht vorstellen. So bedeute erst das Monopol echte Wirtschaftsmacht, und da sei allerdings höchste Wachsamkeit in Zusammenwirkung aller Parteien und Richtungen notwendig.

Prof. Röpke sagt weiter: «Wenn etwas die Menschen gegen unser Wirtschaftssystem kritisch stimmt, so ist es wahrscheinlich vor allem das ärgerliche Gefühl, ein für dumm gehaltenes Objekt von undurchsichtigen Vorgängen zu sein.» Hier müsse man mit Aufklärung einsetzen. «Mythen gedeihen nur im Dunkel und fliehen das Licht der Vernunft und der Wahrheit.» Von den Amerikanern könnten wir ausserordentlich viel in dieser Materie, der Durchleuchtung monopolverdächtiger Wirtschaftszweige, lernen.

Der Artikel bleibt wohlweislich in der Theorie, und in dieser Theorie ist er von einem ganz erstaunlichen Optimismus. Dass Röpke den Kollektivismus nicht liebt, wissen wir; aber dass er heute, bei uns in der Schweiz, das Hauptproblem in einer Durchleuchtung der Wirtschaft sieht, ist erstaunlich. Aber für uns ist es erklärlich, denn er geht eben davon aus, dass in der modernen Wirtschaft ziemlich alles in bester Ordnung sei, man müsse es den Leuten nur sagen, denn diese wissen es nicht. Sie sind ja in Wirklichkeit nicht «das für dumm gehaltene Objekt», sondern sie sind wirklich dumm. Darum glaubt Prof. Röpke wohl auch an die Wirksamkeit seines Rezeptes.

Aber nein, so geht es nicht! Gerade in der Konsumgenossenschaft, Herr Professor, da haben einfache Leute mit einer gesunden und richtigen Idee Tausende Ihresgleichen aus dem Felde geschlagen, und die Menschen sind auch klug genug, um die Grösse dieses Gedankens zu fassen und weiter zu verbreiten. Sie haben sich schon lange abgewöhnt, auf beruhigende Stimmen Ihresgleichen zu hören, sondern sie sind zur Aktion übergegangen — schon vor hundert Jahren. Und gerade im Zusammenhang mit der Frage der angeblichen oder wirklich existierenden Wirtschaftsoligarchie ist es sehr wichtig, zu wissen, dass in den Konsumgenossenschaften nicht nur die Möglichkeit für jedermann besteht, sich zu orientieren und unterrichtet zu werden durch die genossenschaftliche Presse, sondern sogar mitzuwirken an der Gestaltung der Preise, Verkaufsmethoden usw. Der Genossenschafter nimmt damit aktiven Anteil am Wirtschaftsgeschehen, und zwar in demjenigen Sektor, der dem einfachen Manne am nächsten steht, wenn man von seinem Suchen nach Verdienstmöglichkeiten absieht. So kann man ihm auch mit einem gewissen Recht sagen, wenn er sich über die Methoden eines Händlers ärgert: «Nimm Dich selbst an der Nase, geh in die Genossenschaft!»

Aber all das, was hier geschaffen und erreicht wurde, das hat im System Röpke keinen Platz, trotzdem auch das von ihm als Vorbild erwähnte Amerika sich nicht mehr so vollkommen an sein Programm hält, sondern zur Demokratisierung seiner Wirtschaft mehr und mehr die Genossenschaft heranzieht. Im Gegenteil, wozu auch Genossenschaften gründen? Man muss es den Leuten nur klarmachen, dass alles gut organisiert ist, dann geht es schon. Monopole? Wenn einige Detaillisten und Krämer überfordern, so liegt gar kein Monopol vor, sie konkurrenzieren sich doch, und der Konsument ist immer der lachende Dritte. Er war es eigentlich auch vor hundert Jahren, als die ersten Genossenschaften gegründet wurden, nur merkte er es nicht. Es wäre alles noch viel schlimmer, wenn es keine Konkurrenz gäbe!

Wir wollen es darum hier wieder einmal ganz deutlich sagen: Was die Konsumgenossenschaften für die Förderung und Bildung unseres Volkes getan haben, steht hoch über dem meisten, was geschrieben wird. Und darum ist es eigentlich auch eine Lebensfrage für diese zünftige «Wissenschaft», dass das nicht zu laut gesagt wird; sicher würde sie in einem lichten Augenblick doch einmal an sich und ihrer Wirksamkeit zu zweifeln beginnen — wenigstens wenn sie sich so krampfhaft bemüht, einseitig und vornehm zu bleiben. L.

„Kriegswirtschaft auf Irrwegen!"?

Unter dem flammenden Titel «Kriegswirtschaft auf Irrwegen!» wird in der «Schweizerischen Bäcker- und Konditor-Zeitung» (Nr. 34/35 vom 29. August) heftig gegen verschiedene Massnahmen auf dem Gebiete der Brot- und Mehlbewirtschaftung polemisiert. Die Durchführung der kriegswirtschaftlichen Vorschriften begegnet im Bäckergewerbe gewaltigen Schwierigkeiten. Es wird auf gewisse als allzu bürokratisch empfundene Massnahmen zur scharfen Innehaltung der Rationierung und Bewahrung der Pflichtlager vor ungerechtfertigten Entnahmen, nicht zuletzt auch auf den gewaltigen Brotbedarf, der sich besonders in kinderreichen Familien fühlbar macht, hingewiesen. Offenbar sind die *Ueberschreitungen der kriegswirtschaftlichen Vorschriften* durch die Privatbäcker derart häufig, dass im betreffenden Artikel sogar von einer «*indirekten Besteuerung*» auf dem Wege über die Bussen gesprochen wird. Die dadurch geförderte Verbitterung kommt in folgender *Drohung* zum Ausdruck:

> «Auch das Bäckergewerbe, das nachgerade zum Prototyp der ‚Kriegswirtschaftsverbrecher' gestempelt werden soll, wird dazu kommen müssen, nicht bloss ‚symbolisch' zu protestieren und zu fordern, dass die kriegswirtschaftlichen Massnahmen nur der Sicherstellung der Landesversorgung und nicht dem Organisationstalent irgendwelcher Organe zu dienen haben.»

Der Artikel schliesst mit folgendem Passus, der die kriegswirtschaftlichen Stellen *vor einer allzu straffen Fortsetzung der Bussenpraxis warnt:*

> «Wo Vergehen gegen die Kriegswirtschaftsvorschriften vorliegen, die die Versorgung gefährden oder stören, ist eine Busse am Platz. Wo hingegen, den Umständen entsprechend, die praktische Lösung im Interesse der Versorgung ein Abweichen von den starren Formvorschriften erfordert, dürfen nicht einmal ‚symbolische' Bussen ausgesprochen werden. Das Kriterium jedes Einzel-Tatbestandes kann und darf allein die Sicherstellung der Landesversorgung sein. Das scheint uns das *vernünftige Mass* zu sein. Dass wir dabei von den Organen der Kriegswirtschaft eine etwas anorme Anpassungsfähigkeit verlangen, dürfte nichts schaden. So wie heute die Straf- und Bussenpraxis gehandhabt wird, hat man eher den Eindruck, es handle sich um eine ‚indirekte Besteuerung' eines Gewerbes, um eine Finanzbeschaffung im Landesinteresse. Mag ein Abweichen von den Vorschriften durch die Vernunft geboten sein oder

nicht, es wird einfach gebüsst. Die Vorschriften, die ständig vermehrt und kompliziert werden, dienen vielfach nicht mehr der bestmöglichen Versorgungslenkung, sondern sie ergeben sich sozusagen zwangsläufig aus einem einmal beschrittenen Weg. Wir warnen davor! Es ist ein Irrweg, der zwar einen Riesenapparat zu beschäftigen vermag, der aber in seinen letzten Auswirkungen die Landesversorgung nicht mehr sichert, sondern schädigt, weil schliesslich der gute Wille, den man uns nicht hat befehlen müssen, verloren geht. Nicht nur im Gewerbe, sondern vor allem auch in der Bevölkerung. Die Aufgabe der Kriegswirtschaft ist es, zu dienen, und nur zu dienen. Das aber kann nur erreicht werden, wenn der Wille zur vernünftigen Handhabung der Vorschriften auch jetzt vor Torschluss noch Einkehr hält.»

Gewiss, auch die Kriegswirtschaft hat zu dienen. Dieser Dienst heisst aber in erster Linie *gerechte Verteilung der Mangelprodukte* unter die Konsumenten. Leider geht dies oft nicht ohne einen gewissen Schematismus. In der Gesamtbeurteilung wollen wir jedoch den kriegswirtschaftlichen Behörden das Lob nicht versagen, dass sie sich nicht ohne Erfolg angestrengt haben, ihrer Aufgabe gerecht zu werden.

*

Unter dem Titel «So geht es nicht mehr weiter» folgen in der gleichen Ausgabe der «Bäckerzeitung» eine Reihe Verlautbarungen von Bäckermeistervereinen und einzelnen Mitgliedern. Sie sind ebenfalls recht aufschlussreich. Einige Stellen aus den verschiedenen Aeusserungen seien an dieser Stelle wiedergegeben:

«Die geplante Zurückziehung der Mehl-Notvorräte wird nicht ohne die schwersten Störungen in der Brotversorgung abgehen. Die wenigsten der Mitglieder besitzen ihren Notvorrat voll, oder vielfach auch nicht mehr teilweise. Es ist zu befürchten, dass die Bäckereien, die noch in der Lage sind, ihren Notvorrat zu verbacken, vom Publikum zu stark überlaufen werden, bis auch sie nicht mehr liefern können.»

«Es steht fest, dass die Brotration ungenügend ist und dass die Gesamtzuteilung dem erforderlichen Minimum nicht mehr entspricht.

Solange dieser Ausgleich nicht geschaffen ist, darf es nicht verwundern, wenn die Mehlvorräte nicht zu-, sondern abnehmen. Es ist uns sehr daran gelegen, in Erinnerung zu rufen, dass wir immer noch auf eine Rückerstattung der von uns zu Unrecht aufgewendeten Mehlmengen harren, ein Ausfall, der durch die ungenügende amtliche Bewertung des Kleingebäcks damals hervorgerufen wurde.»

«Der Bäckerschaft ist an Bussen bis jetzt ein Vermögen abgenommen worden.»

«Bei der Knappheit an Weissmehl war es nicht verwunderlich, dass dieses verbraucht wurde und nicht mehr im Reservemehllager enthalten ist. Der Verbrauch dieses geringen Teils an Weissmehl erfolgte aber nicht von einem Monat zum andern, sondern im Verlaufe von vielleicht zwei Jahren.»

«So liegt der Fall bei den meisten Haltern von mengenmässig intakten Pflichtlagern. Diese Leute hätten also nichts verbrochen, als dass sie den Anteil Weissmehl des Pflichtlagers durch Vollmehl ausgeglichen hätten. Dieses Vergehen stand unseres Wissens noch nie auf dem Index, soll aber nun gleichwohl geahndet werden.

Nun tritt aber erschwerend noch dazu, dass durch die Reduktion der Brotportion auf 200 g der monatliche Umsatz so zurückgegangen ist, dass bei ungefähr der Hälfte der uns bekannten Fälle die Höhe des Pflichtlagers nicht mehr erreicht wird.»

«Um die Situation zum Umkippen reif zu machen, ist nun schon vor so manchem Monat die Brotportion auf 200 Gramm reduziert worden. Der grosse Vorteil, der vom Fachschuldirektor, Herrn Vogt, mehrmals hervorgehoben wurde und darin bestehen soll, dass Meister und Meistersfrau in viel engerem Kontakt mit der Kundschaft ständen und deshalb einen Vorsprung vor Konsum- und andern Grossbetrieben hätten, der von diesen niemals eingeholt werden könne, erwies sich jetzt als ebenso grosser Nachteil. Dem Bitten und Drängen der mit unseren Geschäften verbundenen Kundschaft mit oft kinderreichen Familien um zusätzliches Brot konnte oft genug nicht widerstanden werden. Es dürfte der Geschäftsleitung so gut wie der Getreidesektion bekannt sein, dass im Juni *Getreideimporte zugunsten der Kohle zurückgestellt wurden.* — Gegen couponfreie Wünsche ist eben eine Konsumladentochter eher gefeit als unsere eigenen Leute.»

«Infolge des Umtauschverhältnisses, das von 75 auf 73 herabgesetzt worden ist, des Abzuges der 8 % Mehl nach der Kartoffelbrotaktion und durch den Abzug der Kontrollkilo erleiden die Betriebsinhaber einen Mehlschwund, der katastrophale Folgen anzunehmen droht. Durch diese Massnahmen verlieren wir stetsfort Mehl, das wir auf keine andere Weise wieder einbringen können.»

«Dazu kam noch der grosse Personalmangel, der es unmöglich machte, das vorgeschriebene Wasserquantum dem Mehl beizumischen, weil es dem Arbeiter nicht zuzumuten war, mit solch dünnen Teigen ohne Hilfspersonal ein gutes Brot herzustellen. Er war genötigt, festere Teige zu machen, damit aus dem mangelhaften Mehl, das zu kurz und klebrig war, noch ein bekömmliches Brot herauszubringen war. Damit war dem Meister, der dabei einen Mehlschwund hatte, kein materieller Erfolg beschieden, sondern er musste noch Geld verlieren.

Sollte nun die Behörde so weiterfahren und ihre Autorität mit solchen Bussen weiterhin missbrauchen, dann bin ich und so viele Tausende überzeugt, dass es zu einem Aufstand in unserem Gewerbe kommen wird.»

Kurze Nachrichten

Tiefgekühlte Lebensmittel in Automaten. In den Vereinigten Staaten sollen 200 verschiedene Sorten tiefgekühlter Lebensmittel, die entsprechend verpackt werden, in Geldautomaten zum Verkauf gelangen.

Reis aus Brasilien. In Brasilien hat der Anbau von Reis starke Fortschritte gemacht und soll weiterhin gesteigert werden. Der diesjährige Ertrag wird auf 12 Millionen Sack im Staate Sao Paulo, 3 Millionen Sack in Goyaz und 2 Millionen Sack in Minas Geraes geschätzt. Dies ergibt ansehnliche Exportüberschüsse.

Export englischer Armee-Wollreserven. Die kürzlich gebildete Wollkorporation hat bekanntgegeben, dass die Wollgewebe, die für die Armee bestimmt waren, dem Inlandkonsum und dem Export zugeführt werden. Eine Million Meter ist bereits zur Verschiffung eingelagert worden.

Die Bauern verlangen eine zweite Zuckerfabrik. Der Schweizerische Bauernverband nimmt mit Bedauern Kenntnis, dass die rechtlichen Grundlagen zur Regelung der schweizerischen Zuckerwirtschaft infolge finanzieller und politischer Hemmnisse noch immer nicht geschaffen sind. Er konstatiert, dass die durch Bundesbeschluss vom Dezember 1938 vorgesehene Ackerfläche sich nicht aufrecht erhalten lässt ohne Ausdehnung des Zuckerrübenbaues. Die Verarbeitungsmöglichkeit der Zuckerfabrik ist jedoch erschöpft.

Der Schweizerische Bauernverband ersucht daher den Bundesrat dringend, die rechtlichen und finanziellen Grundlagen zu schaffen, damit im Frühjahr 1946 mit dem Bau der ostschweizerischen Zuckerfabrik begonnen werden kann.

Aus der Praxis

Ein gesundes Lager macht leistungsfähig!

Im «Wirtschaftsdienst» von Emil Oesch kommt ein «fortschrittlicher Detaillist» zur Frage der Führung eines *gesunden Lagers* wie folgt zu Worte:

1. Ich habe einsehen gelernt, dass es falsch ist, wenn man glaubt, jedes und alles führen zu müssen. Die Hausfrau hat eine feine Spürnase; sie hat sehr schnell heraus, welche Artikel für sie interessant sind und welche sie anderswo vorteilhafter bekommt. Die uninteressanten muss man über Bord werfen, sie sind schwerer Ballast, der verhindert, dass der Umsatz steigt. Ich führe also heute ein verhältnismässig kleines Lager; ich kann aber sagen, dass der Käufer die Artikel, die ich führe, in keinem anderen Geschäft vorteilhafter und besser bekommt. Er weiss es und bedient sich gerne bei mir.

2. Ich überwache das Lager stets kritisch. Wenn ein Artikel während einiger Zeit nicht geht oder wenn die Nachfrage dafür stark sinkt, so nehme ich ihn zur Hand und studiere, was zu tun sei. Das eine Mal genügt vielleicht, dass ich den Artikel den Käufern wieder einmal vor die Nase setze, ein andermal bleibt als einziger Ausweg, ihn abzustossen, weil er ausgedient hat. In dieser Beziehung muss man rücksichtslos vorgehen, denn je schneller man einen ausgedienten Artikel abstösst, um so kleiner ist der Verlust. Man kommt dabei meistens ungeschoren davon.

3. Das verhältnismässig kleine Lager erlaubt mir, jeden Artikel übersichtlich zur Schau zu bringen. Früher herrschte bei mir ein wahrer Wirrwarr. Kein einziger Artikel kam zur Geltung. Heute ist es mir möglich, im Gestell von jedem Artikel eine Gruppe zu bilden. Daraus ergibt sich für jeden einzelnen Artikel eine gute Werbewirkung, und das Ladeninnere als solches erhält dadurch ein ruhiges, freundliches Aussehen.

4. Die meisten Menschen halten sehr auf einen sauber und freundlich aussehenden Laden. Die Käufer, die sich angewöhnt haben, in einem Geschäft zu kaufen, in dem Ordnung herrscht, in dem die Ware appetitlich dargeboten wird, fühlen sich in einem andern Geschäft nicht mehr wohl.

Ordnung erweckt den Eindruck von Leistungsfähigkeit. Unordnung stösst ab.

Ordnung und Sauberkeit sind zwei wichtige Voraussetzungen dazu. Ordnung halten kann man aber nur, wenn das Warenlager nicht mit weiss ich wie vielen Ladenhütern beschwert ist.

5. Keine Regel ohne Ausnahme. Der Wein ist ein Artikel, in dem ich mit der grossen Auswahl zu imponieren suche. Ich führe heute 45 Sorten, also für jeden Geschmack, für jeden Zweck und für jeden Anlass den richtigen Wein.

Diese grosse Auswahl erweckt den Eindruck von Leistungsfähigkeit. Eine Preisliste, in der zu jeder Sorte noch einige Erläuterungen stehen, klärt den Käufer über jeden Wein näher auf. Die Lagerhaltung in Weinen ist auch in keiner Weise mit irgendeinem Risiko verbunden, denn sie werden ja durch das Lagern nur wertvoller.

Sie sehen, man darf nicht starr sein, sondern muss auch Ausnahmen machen können. Im grossen und ganzen habe ich aber doch einsehen und erfahren gelernt, dass der Verkaufserfolg nicht davon abhängt, dass man möglichst vielerlei führt, sondern dass man das Richtige führt.

Es ist nun gar nicht so schwer, den rechten Weg zu finden. Man muss nur zu ergründen suchen, was die Käufer wünschen und diese Artikel dann führen und anbieten.

In diesem einfachen Grundsatz ist eigentlich die ganze Weisheit des Verkaufserfolges enthalten.

Bibliographie

Die Preispolitik in der Nachkriegszeit. Die Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik veröffentlicht die an der Tagung der «Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft» in Sitten gehaltenen Referate und die zahlreichen Diskussionsvoten.

The People's Year Book 1945. Herausgegeben vom Publizitätsdienst des englischen Genossenschaftsverbandes.

Auch diese Ausgabe des Jahrbuches der englischen Genossenschaften bietet eine reiche Fülle interessanter Abhandlungen und statistischen Materials. Von den wichtigeren Artikeln seien erwähnt:

«Die Zukunft, wie ich sie sehe», von dem infolge Erreichung der Altersgrenze zurückgetretenen Präsidenten der Grosseinkaufsgesellschaft Sir William Bradshaw. — A. Barnes, Minister im Kabinett Attlee, schreibt über «Der Demokratie entgegen». — G. L. Perkins, Präsident des britischen Genossenschaftsbundes, stellt Betrachtungen an über «Die künftigen Aufgaben des Genossenschaftsbundes», wobei u. a. auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, die aus dem langen Kriegsdienste heimkehrenden früheren Angestellten wieder in die Friedensarbeit einzuführen und ihnen Beschäftigung zu sichern. — Sir Robert F. Lancaster legt eine Lanze ein für das alte, bisher — u. E. mit Recht — abgelehnte Postulat der Schaffung eines einzigen Landeskonsumvereins. — Weitere Beiträge behandeln: «Nachkriegsplanung», «Grosseinkaufsverband und genossenschaftlicher Fortschritt». Es folgen Abhandlungen und Berichte über verschiedene genossenschaftliche Organisationen (Genossenschaftsgilden, Schottischer Verband, Genossenschaftsschulen, Genossenschaftliche parlamentarische Gruppe, Wichtige genossenschaftliche Ereignisse des Berichtsjahres, Stand der internationalen Bewegung u. a.).

Den Schluss bilden Statistiken sowie ein Verzeichnis aller genossenschaftlichen Organisationen des Landes nebst kurzen Angaben über ihren Aufgabenkreis, über ihren Sitz und ihre Verwaltung. Ein reiches Bildmaterial illustriert wichtige Begebenheiten des Jahres 1944. U. M.

Dr. Guido Meister: **Vertriebsplanung, Marktforschung und Absatztechnik im Export.** Fr. 2.50. Emil Oesch Verlag, Thalwil-Zürich.

* Exportfragen sind heute besonders aktuell und müssen jeden interessieren, dem die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes am Herzen liegt. Als Zentralsekretär des Verbandes reisender Kaufleute der Schweiz und Direktor der internationalen Liga der Verbände reisender Kaufleute ist der Verfasser, Dr. G. Meister, berufen, auf diesem lebenswichtigen Gebiete praktisch verwertbare und anregende Ratschläge zu erteilen.

Bruno Sander: **Verkaufsleiter und Vertreter. Wie können sie sich gegenseitig unterstützen?** Fr. 2.50. Emil Oesch Verlag, Thalwil-Zürich.

* Jedem, der irgendwie mit Verkauf zu tun hat, können die Ausführungen von Sander wertvolle Anregungen bieten.

Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik. Das neueste Heft enthält u. a. folgende Beiträge:

Prof. F. Oulès: *« Le simili-rationalisme dans l'économie politique à apparence rationaliste »*.

Prof. W. A. Jöhr: *«Bedarf die Nationalökonomie der Lehre vom Subsistenzmittelfonds?»*

Prof. Bongras: *« Remarques sur la théorie du capital en économie libre et en économie dirigée »*.

Dr. A. Schwarz: *«Ueber Begriffsbestimmungen in Nationalökonomie und Statistik»*.

Dr. K. Brunner: *«Ein Beitrag zum Gleichgewichtsproblem der internationalen Wirtschaftsbeziehungen»*.

Dr. J. Rosen: *«Lebenshaltung der Arbeiter in Grossbritannien vor dem Kriege»*.

Mitteilungen, Besprechungen und Buchanzeigen vervollständigen das Heft.

Aus unserer Bewegung

Verwalter Wyssa zum 60. Geburtstag

Am 21. September durfte Herr *Alfred Wyssa*, Verwalter der Konsumgenossenschaft Laupen, den 60. Geburtstag feiern. Unter der geschäftlichen Leitung von Verwalter Wyssa machte die Laupener Genossenschaft, der er seit 1919 seine Dienste widmet, erfreuliche Fortschritte. Der Jahresumsatz stieg auf über 454 000 Fr. im Jahre 1944.

Dem herzlichen Glückwunsch, den wir Verwalter Wyssa entbieten dürfen, schliessen sich vor allem auch die Kollegen im Verein schweizerischer Konsumverwalter an.

Aus unseren Verbandsvereinen

Umsätze:	1944/45	1943/44
Obersiggenthal . . .	541 000.—	511 500.—
Schöftland	331 100.—	269 300.—
Wattwil	561 300.—	536 500.—

Arbon erfreute seine Mitglieder mit der Vorführung des Films «Landammann Stauffacher». Des weitern wurden die Genossenschafter auf die Uebernahme der Fleischhalle «Central» durch den Konsumverein aufmerksam gemacht. In **Baar-Cham** starb Herr Anton Burri-Huber, Verwaltungsratsmitglied, während **Gelterkinden** das Ableben von Hermann Blum-Schaffner, ebenfalls Verwaltungsratsmitglied, meldet. Der Genossenschaftsrat der KG **Bern** hat die Fusion der Konsumgenossenschaft mit der Bäckereigenossenschaft beschlossen. Im **Freidorf** brachte die Schauspielgruppe der Zentralleitung der Arbeitslager das Zeitstück von Friedrich Wolf «Professor Mamlock» zur Aufführung. Im Rahmen einer Spezialaktion gewährte **Herisau** auf einigen Sommerartikeln mit stark reduzierten Preisen erst noch doppelte Rückvergütung und macht die Mitglieder auf die in der Filiale Oberdorf in Angriff genommene Modernisierung der Verkaufslokale aufmerksam. In **Kreuzlingen, Netstal** und **Romanshorn** wird der Tonfilm «Viribus unitis» gezeigt. **Pieterlen** lädt seine Genossenschafter zur Besichtigung des vollendeten und als mustergültig bezeichneten Totalumbaus der Inneneinrichtung im Hauptgeschäft ein, während **St. Gallen** seinen Mitgliedern den Inhalt des zum 25jährigen Bestehen der Konsumgenossenschaft von der Direktion des V. S. K. erhaltenen Glückwunschschreibens bekanntgibt, in welchem u. a. die Genossenschafter auf die in ihrem Interesse liegenden Vorteile aufmerksam gemacht werden, wenn sie die Konzentration der genossenschaftlichen Bedarfsdeckung stets weiter fördern. Gesellschaftsreisen veranstalteten: **Niederlenz** und **Rupperswil** nach Biel mit Rundfahrt auf dem Bielersee, **Muhen** auf die Rigi und die Junggenossenschafter von **Winterthur** auf den Glarner Fronalpstock. Anlässlich der Generalversammlung in **Suhr** sprach Frau Bertschi-de Maddalena, Aarau, über die Gründung eines Frauenvereins. **Wald** hat beschlossen, eine Frauenversammlung mit Kurzreferaten durchzuführen, wobei auch die Gemütlichkeit zu ihrem Recht kommen soll. Die Verkäuferinnen von **Worb** haben aus eigener Initiative im Büro der Genossenschaft Kurse für Waren- und Verkaufskunde organisiert. Diese Zusammenkünfte dienen nicht nur der Ausbildung des Personals, sondern fördern damit auch die Betriebsgemeinschaft. **Schaffhausen** und **Zürich** machen die Genossenschafterinnen auf die demnächst stattfindende Modeschau aufmerksam.

Broc führt eine Schuhverbilligungsaktion durch, indem den Mitgliedern Gutscheine im Betrage von Fr. 4.— verabreicht werden mit Gültigkeit bis 31. Dezember 1945, welche beim Einkauf von Schuhen im Werte von mindestens 30 Franken an Zahlung gegeben werden können. Die Mitglieder der **Walliser Genossenschaften** werden gebeten, die Aktion zugunsten des Home Mont-Paisible in Montana, wo Deportierte aus Konzentrationslagern einen Erholungsurlaub verbringen, mit Gemüse- und Lebensmittelsendungen zu unterstützen; auch Kleidungsstücke werden gern entgegengenommen.

Aus der Tätigkeit der konsumgenossenschaftlichen Frauenvereine:

Aarau veranstaltete einen bunten Abend. In **Biel** hielt Herr E. Zulauf, Direktor des ACV beider Basel und Präsident des Bundes der Basler Wohngenossenschaften, einen Vortrag über «Neuzeitliches Bauen und Wohnen, genossenschaftlicher Wohnungsbau». **Lyss** veranstaltete einen Halbtagsausflug an den Murtensee, und **Freidorf** unternahm eine Rheinschiffahrt nach Rheinfelden. In **St-Imier** sprach Herr E. Wiesman von Sonvilier über die Coop-Lebensversicherungs-Genossenschaft. B.

Versammlungskalender

Sonntag, den 23. September

Kreis VII: Studienzirkeltagung im *Volkshaus Winterthur*. Beginn 9.30 Uhr.

Kreis IV: Studienzirkelkurs in *Olten* im Hotel Schweizerhof. Beginn 9.45 Uhr.

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER CHEFBUCHHALTER SCHWEIZERISCHER KONSUMVEREINE

Einladung zur Tagung

der Arbeitsgemeinschaft der Chefbuchhalter schweizerischer Konsumvereine

Samstag und Sonntag, den 29./30. September, in Basel

Samstag, den 29. September,

Nachmittags 14.15 Uhr, Güterstrasse 133, Basel:
Besichtigung der Möbel-Genossenschaft
Anschliessend: *Besichtigung der «Silag» am Rheinhafen*

Sonntag, den 30. September,

Vormittags 08.00 Uhr, St.-Jakobstrasse 94, Basel:
Orientierung über die Zentralbuchhaltung des V. S. K.

Vormittags 09.30 Uhr, Aeschengraben 15, in der Aula des Kaufmännischen Vereins:

Ordentliche Tagung

mit folgenden *Traktanden:*

1. Protokoll der Tagung vom 21./22. April in Zürich.
2. Mitteilungen.
3. Stichwortverzeichnis.
4. Orientierung über die Betriebsvergleiche.
5. Vortrag von Herrn Dr. Oderbolz, Basel: *«Kalkulatorische Auswertung des Warenkontos»*.
6. Allfälliges.

Wir erwarten zahlreiche Beteiligung, auch Gäste sind herzlich willkommen.

NB. Wegen Hotelzimmer wende man sich rechtzeitig an Herrn Karl Krummenacker, Zentralbuchhaltung V. S. K., Basel.

Für die Arbeitsgemeinschaft der Chefbuchhalter schweiz. Konsumvereine,
Der Präsident: *O. Temperli*

Kreis V (Aargau)

Einladung zur Herbstkreiskonferenz

Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 9 Uhr, im «Affenkasten» in Aarau

TRAKTANDEN:

1. Protokoll.
2. Appell; Wahl der Stimmenzähler.
3. Bericht des Kreisvorstandes.
4. Traktandum des V. S. K.: «Verhältnis des Genossenschafters zur Genossenschaft».
   Referent: Herr Ständerat K. Killer, Stadtammann in Baden.
5. Wahl des nächsten Konferenzortes.
6. Verschiedenes und Umfrage.

Gemeinsames Mittagessen am Versammlungsort zu 4 Fr. (ohne Service und Getränke).

Wir erwarten vollzählige Beteiligung der Verbandsvereine unseres Kreises an der Herbsttagung.

Namens des Kreisvorstandes V,
Der Präsident: *G. Schmid*
Der Aktuar: *A. Herrmann*

Kreis VI (Urkantone, Luzern und Zug)

Einladung zur Herbstkreiskonferenz

auf Sonntag, den 7. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Hotel «Bahnhof» in Reiden

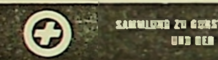
TRAKTANDEN:

1. Appell: Wahl der Stimmenzähler.
2. Protokoll der Frühjahrskonferenz in Einsiedeln.
3. Mitteilungen des Kreisvorstandes.
4. Geschäfte des Verbandes: «Das Verhältnis des Genossenschafters zur Genossenschaft».

   Referent: Herr Hans Althaus, Mitglied des Verwaltungsrates V. S. K., Bern.
5. Wintertätigkeit.
6. Bestimmung des nächsten Konferenzortes.
7. Allgemeines.

In Erwartung der Teilnahme sämtlicher Kreisvereine entbieten genossenschaftlichen Gruss

Namens des Kreisvorstandes VI des V. S. K.,
Der Präsident: *P. Leutenegger*
Der Aktuar: *J. Renggli*



SAMMLUNG ZU GUNSTEN KRIEGSGESCHÄDIGTER GENOSSENSCHAFTEN
UND DER SCHWEIZERSPENDE AN DAS AUSLAND

Eingang vom 16. August bis 5. September 1945

Appenzell, KV	Fr.	100.—
Cabbio, S. c. di c.	»	20.—
Eglisau, KV	»	100.—
Fontainemelon, S. c. d. c.	»	750.—
Kölliken, KV	»	1 060.—
Langnau i. E., KV	»	500.—
Laufen, KV	»	300.—
Möhlin, AKG	»	32.70
Novaggio, S. c. di c.	»	50.—
Romont, S. c. d. c.	»	15.55
Siebnen, KV	»	500.—
Sonceboz, S. c. d. c.	»	100.—
Torricella, S. c. di c.	»	50.—
Tramelan, S. c. d. c.	»	2 500.—
Tremona, S. c. di c.	»	60.—
Sainte-Croix, S. c. d. c. L'Avenir	»	188.—
Wallenstadt, LV	»	600.—
Wattwil, KV	»	200.—
Winznau, KG	»	150.—
Zermatt, KV	»	200.—
Baugenossenschaft d. eidg. Personals, Zürich	»	1 000.—
Fédération romande des Jeunesses coopératistes, Genève	»	46.—
Behördespenden	»	35.—
Personalspenden	»	931.—
Topfkollekte	»	3 157.—
Verzicht auf Rückvergütung	»	13.—

Alle diese Spenden werden auch an dieser Stelle herzlich verdankt.



Verbandsdirektion

Die Verbandsdirektion hat beschlossen, mit der neugegründeten *Società cooperativa di Camorino* (Poststelle Camorino, Bahnstation Giubiasco) in Geschäftsverbindung zu treten. Ueber die Art des Geschäftsverkehrs werden die Abteilungen auf dem Zirkularwege orientiert.

Arbeitsmarkt

Angebot

Zuverlässiger 32jähriger Bäcker und Konditor, der imstande ist, beiden Branchen vorzustehen, sucht Stelle. Referenzen und Zeugnisse zu Diensten. Offerten unter Chiffre A. U. 121 an die Redaktionskanzlei des V. S. K., Basel.

Junger Angestellter, der sich noch bis anfangs November in der Rekrutenschule befindet und seine kaufmännische Lehre in einem Konsumverein mit Erfolg abgeschlossen hat, sucht Stelle in einem Konsumverein mit zirka 800 000 bis 900 000 Fr. Umsatz, wo er gerne Magazinarbeiten übernimmt und in enger Zusammenarbeit mit dem Verwalter seine Kenntnisse erweitern und andere Verhältnisse kennen lernen kann. Offerten sind zu richten an den bisherigen Arbeitgeber, der zu weitern Auskünften gerne bereit ist, unter Chiffre St. G. 125 an die Redaktionskanzlei, V. S. K., Basel 2.

Initiativer 25jähriger kaufmännischer **Angestellter** sucht Stelle in Konsumgenossenschaft. Gute Allgemein- und kaufmännische sowie genossenschaftliche Bildung. Bilanzsicher. Verkaufs- und Organisationstalent. Kenntnisse in Steuersachen und Rationierungswesen, Lebensmittelchemie und Schuhbranche. Eintritt nach Vereinbarung. Offerten mit Lohnangebot sind einzureichen unter Chiffre M. D. 126 an die Redaktionskanzlei, V. S. K., Basel 2.

Nachfrage

Wir suchen auf Anfang Januar 1946, eventuell nach Uebereinkunft, gut ausgewiesene, im Rationierungswesen bewanderte **Verkäuferin.** Verlangt wird gute Rechnerin, die an freundliches Bedienen gewöhnt ist. Offerten mit Bild und Gehaltsansprüchen sind zu richten an die Verwaltung des Konsumvereins Rupperswil (Aargau) mit Kennzeichen «Stellen-Offerte».

INHALT: Seite